

# Medienspiegel Woche 46 / 2015

	Seite
Tagblatt, 7. November 2015 <b>Die Schulzeugnisse bleiben Sache der Kantone</b>	1
Kindgerechte Schule, 8.11.2015 <b>„Lehrplan 21“, ein ideologisches Experiment mit kaum bekannten Sachzwängen</b>	2
Schweiz Aktuell 9. November 2015 <b>Niederhasli ZH: Eltern-Demonstration gegen Schulmodell</b>	4
Aargauer Zeitung, 09.11.15 <b>Lehrplan-Gegner sehen eine «pädagogische Verwirrung»</b>	5
JOURNAL21, 09.11.2015 <b>Der fehlende Mut zum Tiefgang</b>	7
20 Minuten, 10. November 2015 <b>Unterricht ist für diese Kinder ein Fremdwort</b>	11
Tagblatt, 11. November 2015 <b>Gegen die Volksschulinitiative</b>	14
Tagesanzeiger, 12.11.2015 <b>Glarus heizt den Sprachenstreit weiter an</b>	16
Regionaljournal Aargau Solothurn, 11. November 2015 <b>Aargauer Finanzkommission: Mehr sparen, keine Mehreinnahmen</b>	17
radio rottu oberwallis, 13.11.2015 <b>Mörel: Kerngeschäft Schule leiten</b>	18
Basler Zeitung, 13.11.2015 <b>Der Höhenflug der Störenfriede</b>	19



Büffeln wie im Grossraumbüro: Das provisorische Atelier im Schulhaus Sandgruben in Basel. SRF/borj

<http://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/der-frontalunterricht-ist-unterricht-von-gestern>

**Eltern-Demonstration gegen Schulmodell**  
[3:58 min, aus Schweiz aktuell vom 9.11.2015](#)

**Neue überkantonale Website: Aktion "Bildungs-Kompass"**

<http://www.bildungs-kompass.ch/>

**Lehrplan 21-Umsetzung kostet 50 Millionen**

Zu den grossen Kosten, die Erarbeitung und Umsetzung des Lehrplans 21 auslösen, hüllt sich die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) als für den Lehrplan 21 federführendes Gremium in beharrliches Schweigen.

[http://www.bildungs-kompass.ch/downloads/lehrplan-21-umsetzung-kostet-50-millionen\\_11](http://www.bildungs-kompass.ch/downloads/lehrplan-21-umsetzung-kostet-50-millionen_11)

Tagblatt, 7. November 2015

## Die Schulzeugnisse bleiben Sache der Kantone

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Wie die Zeugnisse in Zukunft aussehen, regelt der Lehrplan 21 nicht. Das hält der Regierungsrat in der Antwort auf eine Einfache Anfrage der SVP-Kantonsräte Urs Schrepfer (Buswil) und Andreas Wirth (Frauenfeld) fest. Sie nehmen das Ziel des Lehrplanes, gleiche Eckwerte für die Deutschschweizer Schulen, beim Wort: Diese Harmonisierung müsste sich eigentlich auch in den Zeugnissen zeigen, schreiben sie in ihrer Anfrage.

Eine Umfrage in den Kantonen Aargau, beiden Appenzell, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich habe ergeben, dass in diesen Kantonen weiterhin Notenzeugnisse vorgesehen sind, schreibt der Regierungsrat. Das sehe auch der Thurgau so vor, bekräftigt er. Ausserrhoden, St. Gallen und Zürich planen zudem Anpassungen formaler Art an den Zeugnissen – etwa zu den berücksichtigten Fachbereichen oder zur Notenskala. Geprüft werden laut Regierung in diesen Kantonen auch neue Darstellungsformen mit Kompetenzbereichen. Der Lehrplan 21 setzt bekanntlich auf Kompetenzen – also nicht nur auf Wissen, sondern auf dessen Anwendung. Kooperationen unter den Kantonen zur Darstellung dieser Kompetenzen seien nicht ausgeschlossen, schreibt die Regierung.

Die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler werden über das Lösen von Aufgaben sichtbar gemacht, erklärt die Regierung weiter. «Es ist geplant, das bisherige Zeugnistool so zu erweitern, dass die Ergebnisse weiterer Beurteilungsmöglichkeiten eingetragen werden können», heisst es in der Antwort. Den Lehrern entstehe dadurch kein Mehraufwand.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Die-Schulzeugnisse-bleiben-Sache-der-Kantone;art123841,4418090>

LokalinfoZH, 13.11.2015

## ZLV und SekZH fordern einfachere Zeugnisse

Da mit dem Lehrplan 21 kompetenzorientiert unterrichtet wird, müssten auch die Zeugnisse kompetenzorientiert aufgebaut sein. Allerdings wäre die Belastung der Lehrpersonen zum Ausfüllen solcher Zeugnisse zu hoch, so die beiden Lehrerverbände in einer Mitteilung von heute Vormittag. Einfache Lösungen gäbe es – noch – nicht. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV und seine Schwesterorganisation SekZH sind dafür, die Zeugnisse zu vereinfachen und damit die Lehrpersonen konkret zu entlasten.

Der Lehrplan 21 ist kompetenzorientiert. Eigentlich müssten sich mit seiner Einführung diese Kompetenzen auch im Zeugnis widerspiegeln. Ein solches Zeugnis würde keine Noten mehr enthalten – der Kompetenzzuwachs würde festgehalten. Allerdings zeichnete sich ab, dass das Ausstellen von kompetenzorientierten Zeugnissen für die Lehrpersonen einen grossen Mehraufwand bedeutet hätte. Angesichts der bereits aktuell starken zeitlichen Belastung der Lehrerinnen und Lehrer sind der ZLV und die SekZH dafür, beim heutigen Notenzeugnis zu bleiben. Die Noten in den Zeugnissen sind zudem heute praktisch überall im Schulumfeld akzeptiert.

[http://neu.lokalinfo.ch/news/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=4704&cHash=21939427944ea305ee3a343d9ab3b409](http://neu.lokalinfo.ch/news/?tx_ttnews[tt_news]=4704&cHash=21939427944ea305ee3a343d9ab3b409)

Kindgerechte Schule, 8.11.2015

## **„Lehrplan 21“, ein ideologisches Experiment mit kaum bekannten Sachzwängen**

Schulpfleger

Der von der D-EDK in den „Grundlagen“ zum Lehrplan 21 propagierte „selbstgesteuerte“, „konstruktive“, „individualisierende“ Prozess („offene Lernformen“), wird von Schulreformern als Paradigmawechsel bezeichnet: Das konstruktivistische Unterrichtsverständnis (Reformsprech: „Unterricht ohne zu unterrichten“) ist nicht etwa nur eine neue „Lehre vom Lehren“, sie ist ein Paradigmenwechsel („Die Schule neu erfinden“), der den gesamten bisherigen Lernprozess umkrempelt. Nach dieser Doktrin könne Wissen nicht vom Lehrer an die Schüler weitergegeben werden, sondern die Kinder würden es sich nur selbst beibringen können.

Tatsächlich würde unsere Volksschule auf den Kopf gestellt: Dieser Paradigmenwechsel ist einschneidend und verändert den Unterricht grundlegend bzw. er wird abgeschafft. Der Lehrer darf nicht mehr in einem kreativen, motivierenden Klassenunterricht den Schülern Wissen gemeinsam beibringen, sondern jeder Schüler bestimmt selber, was wie wann und ob er lernen will (die Unterrichtsverantwortung geht vom Lehrer an den Schüler über). Der Lehrer wird zum „Lernbegleiter“, der nicht unterrichten, nicht erklären, motivieren und erziehen darf („konstruktivistische Zwangsjacke“, frei nach Peter Frattton) sondern nur noch z.B. wöchentlich einen „Input“ zum Thema (Wochenplan) geben sowie, Arbeitsblätter und „Lernumgebungen“ bereitstellen soll.

Der Totalumbau der Volksschule gemäss den „Grundlagen“ zum Lehrplan 21 würde zu einer ganzen Reihe von Sachzwängen führen. Würde in der Unterstufe damit begonnen, wären alle nachfolgenden Stufen gezwungen, auch auf „selbstgesteuert“ umzustellen. „Selbstorganisiertes Lernen“ kann praktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Das selbstorganisierte Lernen verunmöglicht den gemeinsamen, sozialen Klassenunterricht (ausser für Projekte), weil jeder Schüler mit einem andern Tempo unterwegs ist, einen anderen Lernstand hat und dadurch Leistungsschere und Stofflücken immer mehr progressiv auseinanderklaffen. Die Gelegenheiten, um sozialen Kompetenzen zu erlernen, werden wegen der fehlenden Sozialform des Klassenunterrichts stark eingeschränkt, wobei sich das Konkurrenzsystem zusätzlich negativ auswirkt.

Der grösste Wirkungsfaktor für eine gute Schule und einen guten Lernerfolg, den die weltweite Metastudie (Auswertung von 50.000 Studien mit 250 Millionen beteiligter Schüler) von John Hattie beim dem vom Lehrer im Dialog mit den Schülern geführten, strukturiert aufgebauten Klassenunterricht ortet, würde völlig ausgeschaltet. Damit würde „gute Schule“ verhindert und Generationen von Schülern eine gute Schulbildung vorbehalten.

Die bisherige bewährte und effiziente Notengebung (Leistungsvergleiche) wäre nicht mehr möglich, da sie auf der Klassennorm, gleichem Lernstand und gemeinsamen Prüfungen im Klassenverband beruht. Als Ersatz hat die D-EDK den Lehrplan 21 nach dem Kompetenzsystem der Wirtschaftsorganisation OECD (Output/Profit-Orientierung) als Monster mit tausenden von Teilkompetenzen erstellen lassen.

Der im Lehrplan 21 verwendete „Kompetenzbegriff“ entspricht nicht mehr dem traditionellen Begriffspaar „Wissen und Können“ und ist auf das Messbare beschränkt. Die konstruktivistische Didaktik ist der erste Schritt in eine „kompetenzorientierte Lernkultur“. Der Paradigmenwechsel von der Wissensvermittlung mit Lernzielen zum „selbstorganisierten“ Lernen mit Kompetenzmessung wurde mit dem PISA-Ranking der neoliberalen Wirtschaftsorganisation OECD eingeleitet. Nicht messbare Kompetenzen wie Verantwortung, Sozialverhalten, Disziplin, Kreativität, Muisches und Handwerklich-Künstlerisches sind nicht mehr gefragt.

Der bisherige Regelstandard der klassischen Lehrpläne als für alle Schüler zu erreichendes Leistungsziel, wird im Lehrplan 21 auf einen anzustrebenden Minimalstandard nach unten nivelliert, damit wird ein Qualitätsverlust bei der Volksschule eingeplant.

Der gegenseitige Austausch/Dialog des gemeinsamen Lernens am gemeinsamen Thema entfällt und damit kann der Lehrer ein Thema nicht mehr gemeinsam einführen, weil jeder Schüler einen anderen Lernstand hat. Der Schüler muss sich das Thema nun selber erarbeiten. Der Lehrer kann sich dem einzelnen

Schüler (bei 20 Schülern) pro Lektion nur noch im Durchschnitt 2 Minuten widmen. Es gibt bereits Versuchsschulen, wo sich der Schüler voranmelden muss, wenn er mit dem Lehrer etwas besprechen möchte.

Das „selbstorganisierte“ Lernen macht den Schüler zum alleingelassenen Einzelkämpfer, der im Grossraum-Klassenzimmer abgekapselt hinter Sichtblenden und/oder mit Pamir-Gehörschutz Arbeitsblätter bearbeitet. Statt Zusammenarbeit und Kooperation beginnt der Geist des Konkurrenzkampfs die Schule zu beherrschen, womöglich gefördert von bemühten Eltern.

Bereits ab der ersten Primarklasse würde wegen der progressiven Leistungsschere eine „stille Selektion“, stattfinden. Schwächere und mittlere Kinder werden nicht mehr mitgenommen, bleiben wegen den grösser werdenden Lücken gegen Schulende immer mehr zurück und ihre Berufschancen würden sich zusehends verringern.

Mit dem „selbstorganisierten“ Lernen wird der Zusammenhalt der Jahrgangsklasse, zusätzlich gefördert durch die Abschaffung der Jahrgangsziele (neu: Zyklen) aufgelöst oder sie werden mit durch die Einführung des altersgemischten Lernens (AdL) vorsätzlich zum Verschwinden gebracht. Lehrerausbildung, Lehrmittel und Schulversuche werden bereits seit längerer Zeit auf den umstrittenen Lehrplan 21 ausgerichtet, obschon der Lehrplan 21 schweizweit auf immer mehr Widerstand stösst und vom Volk noch abgelehnt werden kann. Damit werden gefährliche Sachzwänge für ein umstrittenes Experiment mit ungewissem Ausgang auf dem Buckel von Kindern und Junglehrern und mit immensen Kosten für den Steuerzahler geschaffen.

Die den „Grundlagen“ zum Lehrplan 21 inhärenten Sachzwänge verunmöglichen, dass der Lehrer die Unterrichtsform noch wählen kann, die Methodenfreiheit würde praktisch abgeschafft. Er wird in eine „konstruktivistische Zwangsjacke“ gesteckt: An einer Schulleitertagung im Kanton Thurgau wurde das amerikanische Überwachungsinstrument „Classroom walkthrough“ vorgestellt, mit dem die Schulleiter sicherstellen können, dass die Lehrer keinen Klassenunterricht mehr machen: Der Schulleiter führt jährlich zehn bis fünfzehn kurze, nicht angekündigte Unterrichtsbesuche durch, ohne anzuklopfen, ohne Begrüssung und ohne Verabschiedung. Auf dem Beobachtungsbogen notiert er u.a., ob der Lehrer „offene Lernformen“ anwendet oder nicht. Damit wird der Lehrplan 21 jeglicher Fachlichkeit beraubt.

<http://forum.kindgerechte-schule.ch/showthread.php?tid=2015>

## Mehr dazu

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 5.11.2015

### **Ein Blick über den Zaun: Baden-Württemberg Die Gemeinschaftsschule und der Schweizer Wunderprediger Peter Fratton**

„In seiner Gesamtgestaltung macht es sich der Bildungsplan 2016 zur Aufgabe, **alle bildungspolitischen Grundübel der letzten 15 Jahre** zu einem Gesamtwerk zu verschmelzen: *den technokratischen Wahn völliger Steuerbarkeit allen Lernens, die Sinnentleerung von Bildung und ihre ökonomistische Reduktion auf „polyvalente“ Befähigungen („Kompetenzen“)*“...

„Also holte man **den Schweizer Wunderprediger Peter Fratton** ins Ländle, dessen „Autagogik“ das *selbständige Lernen* aller Schüler in „gestalteter Lernumgebung“ (Medien, Arbeitsmaterial) als neuen Stein der Weisen verkündete. Dieses halsbrecherische Konzept erlitt nach Frattons hanebüchenen Äußerungen („Bring mir nichts bei!“ „Erkläre mir nichts!“) einen ersten Schiffbruch, worauf man ihn von der Bühne nahm.“

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/FAZ-5.11.2015.pdf>

Schweiz Aktuell 9. November 2015

## Niederhasli ZH: Eltern-Demonstration gegen Schulmodell

Sabine Dahinden

**Die Oberstufe in Niederhasli schwört auf «selbstorganisiertes Lernen». Die Schülerinnen und Schüler entscheiden also selbst, wann sie was lernen. Eine völlige Überforderung, sagen einige Eltern. Sie haben Beschwerde eingereicht und gingen gegen das Modell auf die Strasse.**



### Eltern-Demonstration gegen Schulmodell

[3:58 min, aus Schweiz aktuell vom 9.11.2015](#)

Am Samstag fand an der Oberstufe Seehalde in Niederhasli ein Lernkongress statt, ein Tag der offenen Tür. Im Rahmen dieses Tages versammelten sich auch unzufriedene Eltern, Grosseltern, Nachhilfelehrer und Sympathisanten auf dem Schulhausplatz. Vater Beat Kappeler kritisiert, das «selbstorganisierte Lernen» werde hier zu radikal umgesetzt: «Kinder, die mit dem selbstorganisierten Lernen überfordert sind, haben keinen Zugang mehr zu anderen Lernmethoden und verlieren so den Anschluss.»

Beim Selbstorganisierten Lernen, kurz SOL, gibt es keinen Frontalunterricht mehr, kein spezifisches Fach auf dem Stundenplan. Die Schüler arbeiten für sich mit ihren iPads, bei Fragen wenden sie sich an den Coach, wie der Lehrer hier genannt wird. Klassischen Unterricht gibt es keinen mehr, nur ab und zu vermitteln die Lehrerinnen und Lehrer in kurzen Inputlektionen Wissen an die Jugendlichen. Eine Unterrichtsmethode, die viele Schulen kennen, die Volksschule von Niederhasli praktiziert sie aber radikal, in praktisch allen Fächern.

#### Zu radikale Umsetzung

Zu radikal, sagt Suzanne Weigelt. Sie war elf Jahre lang Lehrerin an der Oberstufe in Niederhasli und kündigte, als SOL eingeführt wurde. «Ich als Lehrerin bin die Expertin, fachlich und pädagogisch. Die Schüler brauchen mein Expertenwissen, sie können nicht einfach selbst zu Experten werden.» So wie jetzt mit dieser radikalen Umsetzung seien die Kinder masslos überfordert. Mit Weigelt verliessen auch neun weitere Lehrer die Schule.

Schon mehrmals habe man versucht, das Gespräch zu suchen mit Schulleitung und Schulpflege, sagen verunsicherte Eltern an der Demonstration. Doch die Kritik käme nicht an. Schulleitung und Schulpflege versprechen aber, dass der Dialog stattfände. Schulpflegepräsident Philippe Chappuis: «Wir nehmen das ernst und werden an unseren nächsten Sitzungen darüber diskutieren, was wir besser machen können.»

<http://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/niederhasli-zh-eltern-demonstration-gegen-schulmodell>

#### Mehr dazu:

srf, Reginaljournal Basel, 4. November 2015

<http://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/der-frontalunterricht-ist-unterricht-von-gestern>

Aargauer Zeitung, 09.11.15

## Lehrplan-Gegner sehen eine «pädagogische Verwirrung»

**Das Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» kontert die negative Stellungnahme der Regierung. Sie täte gut daran, «den Blick vermehrt nach innen und nach aussen zu werfen.»**

von Jörg Meier

Das war zu erwarten: [Nachdem der Regierungsrat erklärt hat, warum er sowohl die Motion Bodmer für ein Moratorium als auch die Initiative gegen den Lehrplan 21 ablehnt](#), meldet sich das Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» mit deutlichen Worten.

Die Gruppierung um die Heilpädagogin Elfy Roca und Bezirkslehrer Harald Ronge will mit einer Volksinitiative die Einführung des Lehrplans 21 im Aargau verhindern. Sie lässt kein gutes Haar am neuen Lehrplan 21 und gibt sich kämpferisch.

### Den Teufel an die Wand malen

In der ausführlichen Stellungnahme wirft das Komitee dem Regierungsrat vor, er wisse offenbar nicht, was sich punkto Lehrplan 21 in den andern Kantonen abspiele. Und fragt dann provokativ, ob die Regierung die Stimmbürger verunsichern wolle, indem man «den Teufel an die Wand malt, statt sachlich zu argumentieren».

Dann wird's konkreter: Die Motion Bodmer, die einen Ausgabenstopp für alle Vorarbeiten zum Lehrplan 21 bis zur Abstimmung verlangt, verhindere keineswegs die bildungspolitische Diskussion. Diese werde nämlich ohnehin im Vorfeld der Abstimmung stattfinden, unabhängig davon, ob das Bildungsdepartement (BKS) vorher Geld für den Lehrplan 21 ausbebe oder nicht.

Und schon folgt der nächste Vorwurf: «Mangels Argumenten stellt die Regierung die Gegner des Lehrplans 21 in die Ecke der Ewiggestrigen», schreibt das Komitee. In Tat und Wahrheit sei aber BKS selber nicht auf dem neusten Stand der Bildungsdiskussion.

«Würde man der Argumentation des Regierungsrates folgen, müsste zum Beispiel der pädagogische Ansatz Pestalozzis (Bildung mit Kopf, Herz und Hand) sofort aus allen Lehrbüchern verschwinden, dessen Methoden und Gedanken zur Schulbildung stammen nämlich aus dem vorvorletzten Jahrhundert», heisst es in der Stellungnahme.

### Wer lässt Fächer verschwinden?

Eine «pädagogische» Verwirrung erkennt das Komitee zudem im Hause BKS, weil man den kurzfristigen Gesellschaftswandel über die Vermittlung einer umfassenden humanistischen Bildung sowie solide Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen stelle.

Das Komitee bestreitet auch, dass die Initiative wichtige Fächer zum Verschwinden bringe. «Im Gegenteil! Der Lehrplan 21 schafft eigenständige Fächer wie Geschichte, Geografie, Biologie, Chemie und Physik ab!», behauptet das Komitee.

Hinterfragt wird auch die im Lehrplan 21 vorgesehene Kompetenzorientierung: Diese «in Fachkreisen höchst umstrittenen Kompetenzen machen in der Berufsausbildung durchaus Sinn, nicht aber in der Volksschule», argumentiert das Komitee.

Weitere Kritik gilt der grossen Bedeutung, die der neue Lehrplan dem selbstgesteuerten und selbstentdeckenden Lernen geben will. Die Individualisierung im Unterricht werde auf die Spitze getrieben, was wiederum dazu führe, dass viel Kinder auf der Strecke bleiben würden. «Zusammen mit der Abschaffung

von Jahreszielen entstehen Leistungsunterschiede nicht nur innerhalb von Klassen, sondern auch zwischen Gemeinden und Kantonen.» Zwischenergebnis des Gegenkomitees: Der Lehrplan 21 richtet ein organisiertes Chaos an, die behauptete Harmonisierung erweise sich als blosser Etikettenschwindel.

### **«Verdrehung der Tatsachen»**

Im Gegensatz zur Regierung ist das Komitee auch der Ansicht, dass der Kanton Aargau bei einer Ablehnung des Lehrplans 21 weder eigene Lehrmittel noch eine eigene Lehrerbildung brauche. Das Argument, durch die Initiative würden die Kosten steigen, bezeichnet das Komitee als «Verdrehung der Tatsachen». Denn es sei genau umgekehrt: Die Einführung des Lehrplanes sei sehr teuer und hätte einen weiteren Bildungsabbau zur Folge.

Und zum Schluss hält das Komitee für den Regierungsrat gar noch einen Rat bereit: Er täte gut daran, «den Blick vermehrt nach innen (in die Schulzimmer und ins BKS) und nach aussen (über die Kantons-grenzen hinaus) zu werfen». Denn mit seinem «sturen Festhalten am missratenen Lehrplan 21 gefährdet er nur unser wichtigstes Gut, die Bildung».

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/lehrplan-gegner-sehen-eine-paedagogische-verwirrung-129715919>



JOURNAL21, 09.11.2015

## Der fehlende Mut zum Tiefgang

Von [Carl Bossard](#),

**Bildung verlangt Tiefe und ist mehr als die blosser Addition aktueller Wissensbestände und "Kompetenzen".**

**Bemerkungen zum neuen Schweizer "Lehrplan 21"**

Die Gegenwart liebt die Oberfläche und das Vordergründige; die Kunst lebt von der Liebe zu den schönen Äusserlichkeiten. Das hat Folgen – auch für den Unterricht. Doch Bildung braucht Tiefe. Darum müssten Bildung und Schule gegenhaltende Kraft entwickeln. Die Menschen brauchen Hintergrund.

### Der Zeitgeist surft an der Oberfläche

Der amerikanische Künstler Jeff Koons ist vielleicht der erfolgreichste Künstler der Gegenwart. Ein Meister glänzend-glatte Oberfläche. Die Fondation Beyeler widmete ihm 2012 eine vielbeachtete Ausstellung. Der Andrang war gross. Seine Kunst gefällt; sie ist ein *Œuvre des Like*. Doch wer kritisch hinschaut, der spürt: Koons' Kunst bleibt bewusst banal. Es fehlt ihr die Tiefe, es fehlt der Tiefsinn. Sie eckt nicht an. Von der Ästhetik des Glatten geht kein Widerstand aus. Alles bleibt Oberfläche.

An der Oberfläche bleiben auch die heutigen Datenströme. Aus dem Datenhaufen wie Big Data lassen sich zwar nützliche Informationen herausdestillieren. Doch sie sind additiv und generieren kaum Erkenntnisse. Und kaum Bildung. Bildung verlangt Tiefe. Man muss sich an einer Sache abmühen und sie über den Umweg des Fremden bedingungslos zur eigenen machen. Kompromisslos. Wer einer jungen Geigerin zusieht, weiss das. Jahrelang muss sie üben und das Violinspiel über ihre akuten Launen und Interessen stellen. Nur so wird aus dem Gekratze dereinst Musik. Und aus dem ungeformten Mädchen die selbstbewusste Musikerin, schreibt der Philosoph Ludwig Hasler. Das Leben beginnt eben nicht mit dem Selbst. Und er fügt bei: Das ist das simple Geheimnis aller Bildung, dass sie Arbeit bedeutet. Bildung ist Tiefgang, ein geistiger Bergaufprozess, keine asphaltierte Schnellstrasse. Der Weg führt durch Unterholz und Gestrüpp. Das ist anstrengend. Daran führt keine Abkürzung vorbei.

### Das Additive fordert die Schule

Doch verlangt das die Schule von heute noch? Kann sie es überhaupt? Wer durchs Zoom-Objektiv das Eigentliche und Wesentliche einer Schule betrachtet, sieht schnell: Der Bildungsauftrag und die sogenannte Wissens- und Könnensvermittlungsfunktion der Schule sind schwieriger geworden. Wir stehen vor einem ungleich grösseren Berg von Wissen als einst, vor mehr Komplexität auch, und jeder Tag bringt immer rascher immer mehr Informationen.

Gleichzeitig verliert das erzieherische Umfeld an Kraft und Einfluss, weil im Alltag ein Verlust an Eigentätigkeit festzustellen ist, ein beschleunigter Wertewandel stattfindet und sich immer mehr Familien in Schwierigkeiten oder gar Auflösung befinden. Wir stehen vor einem Wandel von Kindheit und Jugend, der die Anforderungen an die Schule stark verändert. Lehrerinnen und Lehrer sind zunehmend auf sich selbst gestellt. „Gratiskräfte“ wie „Bildungskanon“ oder „Selbstdisziplin“ nehmen ab. Der Grundauftrag aber bleibt: Kinder und Jugendliche wissens- und könnensmässig sowie menschlich-charakterlich bilden.



## **Blosse Addition**

Das ist anspruchsvoll. Die (Volks-)Schule hat viele Aufgaben übernommen, sehr viele, vermutlich zu viele. Sie muss integrieren und individualisieren, sozialisieren und kultivieren, Frühenglisch und Mittelfrühfranzösisch lehren, die hochdeutsche Sprache schulen und mathematische Fähigkeiten entwickeln. Sie soll in Themen von Mensch und Umwelt einführen, Musisches und Kreatives fördern, ethisches Verhalten bestärken und die Kinder zur Freude an der Bewegung ermutigen. Und überdies das Lernen lehren. Alles ist irgendwie wichtig geworden. Doch wenn es nicht mehr möglich ist festzulegen, was wichtig und bedeutsam ist, verliert alles an Bedeutung.

Das Kennzeichen der Schulentwicklung der vergangenen Jahre ist die Addition. Viel ist dazu gekommen – weggenommen wurde wenig. Die Subtraktion bleibt als Schuloperation inexistent.

## **Viele können kaum lesen und schreiben**

Die Folgen sind spürbar: Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung. Die Zeit zum Üben und Vertiefen zentraler Lernvorgänge fehlt vielfach. Der Zeitdruck vernichtet das Verweilen, die Hektik verdrängt das Kontemplative. Das Umweghafte und Indirekte gehen so verloren. Viele Dinge werden nur noch flüchtig gestreift. Nichts fällt ins Gewicht, nichts ist einschneidend, kaum etwas ganz wichtig. Unfertiges wird zum Dauerzustand. Das Durchgenommene verdichtet sich nur schwer zu einem kohärenten Ganzen.

Wie anders ist es denn zu erklären, dass viele Schüler am Ende der Schulzeit kaum lesen und schreiben können und „offenbar zu dumm für die Lehre sind“ (Blick, 9.2.2015)? Oder dass in Zürich die Hälfte der Polizeianwärter beim Deutschtest durchfällt? Noch deprimierender ist der Umstand, dass der Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver diese Tatsache in einem Interview einfach so hinnimmt. Wie ein gottgegebenes Unwetter. Das Problem ist evident. Warum geht man diese eigentliche Sprachkatastrophe nicht an?

## **Schönreden hilft nicht – Handeln tut not**

Denken vollzieht sich sprachlich. Jeder Gedanke braucht einen Körper: die Sprache; sie baut einen Bezug zur Welt auf. Der menschliche Körper muss trainiert, ihm muss Sorge getragen werden. Genau gleich geht es der Sprache. Sie muss entwickelt und gefördert werden. Im Elternhaus, in der Schule. Das ist eigentlich grundlegend und darum selbstverständlich, könnte man meinen. Und darum elementarer Auftrag der Schule.

Doch das Fraglose ist nicht einfach selbstverständlich. „Ich stelle fest, dass die Deutschkompetenzen der Studierenden teilweise katastrophal sind“, konstatiert Matthias Aebischer, Präsident der nationalrätlichen Bildungskommission und Dozent an der Universität Bern. Was Aebischer aus erster Hand erfährt, hat ETHZ-Rektor Lino Guzzella schon vor drei Jahren klar signalisiert: „Die Leute müssen richtig lesen, schreiben und sprechen können. Das gilt auch für Naturwissenschaftler und Ingenieure.“ Doch die Kenntnisse seien zum Teil ungenügend, fügte er hinzu (NZZaS, 29.7.2012). Zu viele, so brachten es auch Studien an den Tag, können nicht mehr richtig schreiben. „Wer schon das Vergnügen hatte, Maturitätsarbeiten zu lesen, bleibt da womöglich schockiert zurück“, schreibt die NZZ und ergänzt: Auch mit den Mathematikkenntnissen hapert es (NZZ, 1.9.2015).

## **Der Blick auf den Lehrplan 21**

Die Defizite sind bekannt, die Sorgen der Volksschule kein Geheimnis. Ob der Lehrplan 21 hier Abhilfe schafft? Bleibt er an der Oberfläche oder bringt er Tiefe und formuliert, was in den Schweizer Volksschulen wichtig und grundlegend ist?

Die zweite Fassung des Lehrplans 21 umfasst auf 470 Seiten 363 Kompetenzen, unterteilt in über 2300 Kompetenzstufen. Eine Grundskepsis bleibt: Wer so viel bringt, bringt allen etwas.

Doch alles ist der Feind von etwas. Oder anders gesagt: Wenn die Fülle der Vorgaben so umfassend wirkt, werden sie im Alltag kaum Realität. Nicht umsonst meinte die Basel SP-Ständerätin Anita Fetz: „Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren“ (DIE ZEIT, 13.10.2014).

Sie spricht damit aus, was nicht wenige befürchten: Die vielen Vorgaben führen dazu, dass der Wissens- und Könnensaufbau eher zufällig bleiben könnte und das Systematische zu kurz kommt. Jugendliche aber brauchen kognitive Ordnungsstrukturen. „Wenn man die Schule in unzählige Einzelkompetenzen zerlegt, zerfällt die Gestalt des Unterrichts irgendwann zu Staub“, gibt Ralph Fehlmann, Fachdidaktiker an der Universität Zürich, zu bedenken.

### **Bildung ist nicht isoliertes Training einzelner Kompetenzen**

Welches Menschbild steht hinter dem Lehrplan 21? Welche Werte schimmern durch? Wer die neue Bildungsbibel behutsam durchliest, fragt sich das immer wieder. Und er wird nicht klug. Da ist viel von Kontrolle und Vermessen die Rede. Eines aber ist augenfällig: Unserem humanistischen Menschenbild entspricht es in keiner Weise, die Kinder und Jugendlichen in Kompetenzen zu zerlegen. Der Dekomposition des Menschen in Kompetenzen wohnt ein technokratischer Geist inne; da atmet etwas Seelenloses. Wichtiger als eine humanistische Abstützung von Bildung scheint das Konzept lückenloser Output-Kontrolle zu sein. Checks und Tests allüberall – und die Lehrer als Verwalter von Kompetenzen. Das ist angesichts der menschlichen Entwicklung, die sich ja auch immer wieder der Macht des Verfügbaren entzieht, problematisch.

Die Schule muss mit ihren Lehrplänen dem Wandel der Gesellschaft gerecht werden. Das ist unbestritten. Ob der Lehrplan 21 mit seiner Fülle die nötige Tiefe bewirkt, bleibt fraglich.

### **Die „drei grossen G“ als unterrichtlicher Kompass**

Doch ein Blick auf Grundlegendes hilft oft weiter. Unser Fünft- und Sechstklasslehrer sprach immer davon: Man muss etwas wissen, man muss etwas können, und beides zusammen soll uns besser „denken“ bzw. handeln lassen. Wichtig waren ihm die „drei grossen G“: *Grundkenntnisse*, *Grundfertigkeiten* und *Grundhaltungen*. Das war seine pädagogisch-didaktische Trias; sie hat er eingefordert. Diese Trias kann eigentlich gar nicht veralten, weil sie so etwas wie ein NON PLUS ULTRA darstellt. Das kommt mir vor wie ein Naturgesetz, wie die Gesetzestafeln vom didaktischen Berg Horeb. Doch vielleicht sind solche Formulierungen so veraltet, wie meine Schulerinnerung zurückliegt.

Die damalige Fächerfülle war bescheiden. Deutsch und Rechnen waren die zentralen Inhalte, dazu Geschichte und Geografie. Heftführung, Aussprache und Rechtschreibung hatten hohe Priorität. Was wir „durchnahmen“, nahmen wir gründlich durch, mündlich und schriftlich, mit vielen Sinnen, präzise und diszipliniert. Ein Ding richtig können, wirkt mehr als Halbheiten im Hundertfachen. Was Goethe sinngemäss sagte, lebte unser Lehrer und verlangte es. Nicht vielerlei treiben, sondern eine Sache intensiv und genau! – Non multa, sed multum! heisst es bei Plinius. Jeden Aufsatz hat unser Primarlehrer sauber korrigiert und mit jedem Einzelnen persönlich besprochen. Individuelles Feedback heisst das zeitgemässe Zauberwort. In zwei Jahren schrieben wir gegen zwanzig Aufsätze. Das bedeutete für ihn die Korrektur von rund tausend Texten. Prägnanz bringt Eleganz, sagte mir der Lehrer. Noch heute höre ich seinen Satz und sehe, wie er sich für mein Lernen und Vorwärtskommen verantwortlich fühlte.

### **Vertikalität bringt Bildung**

Es war eine harte und strenge Schule, fordernd und anspruchsvoll, bemüht um elementares Basiswissen – eine Bildung, die sich ohne Wenn und Aber einer Sache und ursprünglicher Erfahrung hingab. Welcher Wandel der Modelle, Themen und Stile im Vergleich zu heute. Vieles nimmt sich aus jetziger Sicht wie schwarze Pädagogik aus, und doch hat es mich für mein Leben geprägt. Unser Fünft- und Sechstklasslehrer verkörperte und verlangte etwas von dem, was der

Kognitionsforscher Howard Gardner als Intelligenzen für das 21. Jahrhundert formuliert: diszipliniertes und kreatives Arbeiten und Denken. Nicht an der Oberfläche, sondern in der Vertikalität. An Jeff Koons' Kunst hätte sich mein Lehrer wohl gerieben.



#### Der Autor

- Dozent (in Aus- und Weiterbildung tätig)
- Referent bei Vorträgen und Seminaren
- Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Zug - PHZ Zug
- Direktor der Kantonsschule Luzern
- Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden/Kollegium Stans
- Beauftragter für die Weiterbildung der Mitteschullehrerinnen und -lehrer des Kantons Luzern
- Dozent Zentralschweizerische Reallehrerbildung, ZRB, Luzern (Teilpensum)
- Seminarlehrer Lehrerseminar St. Michael Zug / Mitteschullehrer im Kanton Luzern
- Primar- und Sekundarlehrer im Kanton Zug

<https://www.journal21.ch/der-fehlende-mut-zum-tiefgang>

20 Minuten, 10. November 2015

*Unschooler*

## **Unterricht ist für diese Kinder ein Fremdwort**

von J. Büchi

**Sie gehen nicht zur Schule – und auch zuhause werden sie nicht unterrichtet. «Unschooling»-Kinder lernen nur, wenn sie gerade Lust haben.**

Nalin, Olivia und Sara Gantenbein (10, 11, 15) müssen nie Mathe büffeln, wenn sie lieber draussen spielen wollen. Sie mussten sich auch noch nie auf dem Pausenplatz mit fiesen Klassenkameraden herumschlagen. Die Gantenbeins aus dem ausserrhodischen Herisau sind sogenannte «Unschooler». In der SRF-Sendung «Reporter» stellte die Familie am Sonntagabend ihr Lebensmodell vor.

Während «Homeschooler» ihre Kinder zuhause unterrichten statt sie in die Schule zu schicken, gehen «Unschooler» noch einen Schritt weiter: In ihrem Haus gibt es keinerlei schulische Strukturen. Die Kinder lernen, was sie wollen – und wann sie wollen. «Auch Spielen ist Lernen», sind die Eltern Doris und Bruno Gantenbein überzeugt. Die beiden Veganer wollen ihre Kinder vor den negativen Einflüssen der Volksschule – von «Mobbing» und «Leistungsdruck» ist die Rede – schützen.

### **«Neue Bewegung»**

Schätzungen zufolge werden in der Schweiz mindestens 500 Kinder zuhause unterrichtet. Wie viele davon das «Unschooling»-Modell leben, ist unklar. «Das ist eine relativ neue Bewegung, die in den letzten fünf Jahren entstanden ist», sagt Marcel Hanhart, Vorstandsmitglied des Vereins «Bildung zu Hause Schweiz». Er geht davon aus, dass die «Unschooler» etwa einen Viertel der Fälle ausmachen.

Welche Voraussetzungen Eltern erfüllen müssen, damit ihre Kinder zu Hause lernen dürfen, ist von Kanton zu Kanton verschieden. Während das Schulsystem in Appenzell Ausserrhoden, im Aargau und in Bern relativ liberal ist, sind die Auflagen etwa im Kanton Graubünden oder in St. Gallen sehr streng. Gewisse Kantone erlauben häuslichen Unterricht nur, wenn ein Elternteil eine Lehrerausbildung hat.

### **Brauchen Kinder andere Kinder?**

Kritiker bemängeln, «Unschooling»-Kinder hätten zu wenig soziale Kontakte und würden ungenügend auf das Berufsleben vorbereitet. Auch Beat Zemp, Präsident des Dachverbands der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, hat Vorbehalte: «Es ist wichtig, dass Kinder mit verschiedenen Wertesystemen und Rollenbildern in Kontakt kommen.» Beim häuslichen Unterricht könnten die Eltern ihren Nachwuchs von anderen Weltanschauungen fernhalten.

Besonders sauer stiess dem Lehrerpräsident ein Satz auf, den Mutter Doris Gantenbein in der Sendung gesagt hat: Sie sei überzeugt, dass «Kinder keine anderen Kinder brauchen». Zemp betont: «Es ist essenziell, dass Kinder den Umgang mit Gleichaltrigen pflegen und auch lernen, Konflikte auszutragen.» Wer keine Frustrationstoleranz aufbauen könne, sei später auch im Berufsleben überfordert. «Zudem fehlen solchen Kindern entscheidende Gruppen-Erlebnisse wie Klassenlager oder Schulreisen.»

### **Unangemeldete Kontrollen gefordert**

Die ehemalige CVP-Sprecherin Marianne Binder hat im Aargauer Grossen Rat vor einem Jahr einen Vorstoss eingereicht, in dem sie bessere Qualitätskontrollen für den häuslichen Unterricht verlangte: Die Eltern müssten einen Grundlagenkurs in Didaktik absolvieren und die Kinder regelmässig obligatorische Leistungschecks absolvieren, verlangte sie. Zudem müsse pro Semester ein unangemeldeter Besuch des Schulinspektorats stattfinden. Der Vorstoss wurde abgelehnt.

«Ich bin nicht grundsätzlich gegen privaten Unterricht. Leider wurde mir aber mitgeteilt, dass diese Erziehungsform oft in fundamentalistischen Familien praktiziert wird», sagt sie. Schulpfleger hätten ihr von Fällen berichtet, in denen die Kinder von morgens bis abends hinter geschlossenen Fensterläden lebten. «Wenn jemand nichts zu verbergen hat, dann sollte er sich auch nicht gegen bessere Qualitätskontrollen und unangemeldete Besuche wehren», findet Binder.

### **«Keine Erfahrungswerte»**

Marcel Hanhart vom Verein «Bildung zu Hause» hat seine sechs Kinder im «Homeschooling»-Modell geschult. Die Kritik am «Unschooling» kann er teilweise nachvollziehen. «Es braucht sicher eine lernfördernde Umgebung, damit das funktionieren kann.» Die Kinder einfach «in den Tag hinein leben zu lassen», sei keine Lösung und entspreche auch nicht den Leitgedanken des «Unschoolings». Ob solche Kinder später auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben, werde sich zeigen. Aus seiner Sicht bestehe kein Grund, daran zu zweifeln. «Weil die Bewegung in der Schweiz noch sehr jung ist, fehlen heute verlässliche Erfahrungswerte aber noch.»

Im Kanton Appenzell Ausserrhoden müssen die Kinder zur Standortbestimmung einmal im Jahr standardisierte Tests absolvieren. Eines der Gantenbein-Mädchen schrieb zu Beginn nur 3er, konnte sich später aber steigern. «Das Vorgehen bei konstant schlechten Leistungen ist dasselbe wie in der Volksschule», sagt Alexandra Schubert vom zuständigen Bildungsdepartement. Zunächst würden die Ursachen festgestellt, dann würden gestützt darauf geeignete Massnahmen getroffen – etwa eine gezielte Förderung und Unterstützung oder eine Anpassung der Lernziele. Reichen die Massnahmen nicht aus, um das Kind im Rahmen von häuslichem Unterricht adäquat fördern zu können, kann es sein, dass die Bewilligung für den häuslichen Unterricht nicht verlängert wird.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/25004135>

Tagblatt, 11. November 2015

## Gegen die Volksschulinitiative

**Ein Bürger hat die Initiative «Für eine starke Volksschule» eingereicht. Die Innerrhoder Standeskommission empfiehlt dem Grossen Rat, diese abzulehnen. Die Initiative, die den Lehrplan 21 bodigen will, soll ohne Gegenvorschlag vor die Landsgemeinde kommen.**

ROGER FUCHS

APPENZELL. Paul Bannwart aus Appenzell Steinegg will, dass der Lehrplan 21 nicht eingeführt wird. Um diesem Ziel näherzukommen, hat er eine Einzelinitiative unter dem Titel «Für eine starke Volksschule» eingereicht. Sie verlangt Anpassungen im heutigen Schulgesetz. Ende November debattiert der Grosse Rat über die Initiative. Die Standeskommission empfiehlt, diese im ablehnenden Sinn und ohne Gegenvorschlag vor die Landsgemeinde 2016 zu bringen.

### **Zuständigkeit steht zur Debatte**

Die Initiative von Paul Bannwart umfasst im wesentlichen drei Punkte. Ein neuer Artikel im Schulgesetz soll festlegen, dass der Schulunterricht grundsätzlich in Jahrgangsklassen erfolgt. Im Artikel zu den Lehrplänen will Bannwart eine detaillierte Auflistung der Fächer, die in Kindergarten, Primarschule und Oberstufe unterrichtet werden sollen. Schliesslich verlangt er, dass die Lehrpläne durch den Grossen Rat festgelegt werden und dem fakultativen Referendum unterstehen. Insbesondere der letzte Punkt bereitet der Innerrhoder Standeskommission Bauchweh. Gemäss Landammann und Erziehungsdirektor Roland Inauen obliegt der Erlass der Lehrpläne heute der Landesschulkommission. «Wir wollen die Lehrpläne weiterhin bei diesem Fachgremium angesiedelt haben», sagt Inauen. Noch nie hätte dies zu Schwierigkeiten geführt, und es gäbe keinen Grund, die Lehrpläne auf die politische Ebene zu hieven. Ansonsten müsste, da auch die Stundentafeln zum Lehrplan gehören, beispielsweise über jede Änderung des Freifachangebots der Grosse Rat entscheiden. Allein schon aus Gründen der Effizienz und der Ökonomie sei dies abzulehnen.

Der Hauptgrund, weshalb Paul Bannwart die Lehrpläne dem Grossen Rat unterstellen will, ist der Lehrplan 21. Würde Bannwarts Initiative gutgeheissen, würde dies auch bedeuten, dass dann der Grosse Rat für den Lehrplan 21 zuständig ist. Via Referendum könnte dieser schliesslich vor die Landsgemeinde gebracht werden.

### **Pro und Kontra Lehrplan 21**

Inauen selbst kann voll und ganz hinter dem Lehrplan 21 stehen. Erstmals bekämen alle Deutschschweizer Kantone die Chance für einen gemeinsamen Lehrplan. Gleichzeitig lasse dieser den Kantonen weiterhin eine grosse Autonomie.

Paul Bannwart hingegen ist der Lehrplan 21 ein Dorn im Auge. Er wünscht sich weiterhin Jahrgangsklassen, in denen die Lehrpersonen den Schülern den Stoff erklären. Selbstgesteuertes Lernen in sogenannten Lernlandschaften überfordere viele Kinder, begründet er seine Initiative. Ausserdem will er statt wie im Lehrplan 21 die Erwähnung von Fachbereichen und Kompetenzen weiterhin klare Fächer und Jahresziele festgeschrieben haben. Landammann Roland Inauen



kontert: Schon im heutigen Lehrplan seien die Fächer Geschichte, Geographie, Natur und Technik, Bibelkunde und Religionsunterricht zum Fachbereich «Mensch und Umwelt» zusammengefasst. «Die Forderung des Initianten wäre ein klarer Rückschritt», sagt Inauen.

Erwähnenswert ist des weiteren eine Aussage von Paul Bannwart, wonach der Lehrplan 21 gegen einen Volksentscheid aus dem Jahr 2008 verstossen würde. An der damaligen Innerrhoder Landsgemeinde wurden zwei obligatorische Kindergartenjahre abgelehnt. Gemäss Roland Inauen bleibt auch mit dem Lehrplan 21 nur das zweite Kindergartenjahr obligatorisch, das erste sei freiwillig. Die Aussage, der Lehrplan 21 verstosse gegen den Volksentscheid, weist Inauen zurück.

#### ***Der weitere Fahrplan***

Gemäss Planungen soll der Lehrplan 21 in Innerrhoden auf das Schuljahr 2018/19 eingeführt werden. Die dazugehörigen Lehrmittel werden derzeit erarbeitet. Kommt der Lehrplan 21 in Innerrhoden nicht, ist gemäss Inauen anzunehmen, dass man trotzdem auf die neuen Lehrmittel setzen wird. Eigene Lehrmittel zu erarbeiten sei zu teuer.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/kantonappenzell/auszeitung/at-ap/Gegen-die-Volksschulinitiative;art120091,4421784>

Tagesanzeiger, 12.11.2015

## **Glarus heizt den Sprachenstreit weiter an**

**Der Kanton Glarus bleibt bei seiner Praxis: Französisch ist in der Real- und Oberschule fakultativ. Bildungspolitiker sind konsterniert.**

Claudia Blumer

Der Regierungsrat habe es sich nicht einfach gemacht, sagt Bildungsdirektor Benjamin Mühlemann (FDP). Man habe zwischen «staatspolitischen Überlegungen und bewährter Praxis» abwägen müssen und sich schliesslich für das Bewährte entschieden: dafür, dass der Französisch-Unterricht in der Real- und Oberschule ein Wahlpflichtfach bleibt. Die Schüler können statt Französisch auch ein praktisches Fach belegen, etwa «textiles und technisches Gestalten».

Ausschlaggebend für den am Mittwoch kommunizierten Entscheid sei die einhellige Reaktion in der Vernehmlassung gewesen, sagt Mühlemann. Lehrer, Schulleiter, Gemeindevertreter – alle waren der Ansicht, dass schwächere Schüler zu stark belastet würden, wenn man ihnen entgegen persönlicher Neigungen eine Fremdsprache aufbürdet.

### **Ein Drittel verzichtet**

Damit wird im Kanton Glarus weiterhin ein knappes Drittel der Schulabgänger Französisch lediglich auf Primarschul-Niveau verstehen. Das ist insofern problematisch, als das seit 2007 geltende eidgenössische Sprachengesetz das Beherrschen einer zweiten Landessprache für Volksschulabsolventen vorschreibt. Auch die Bundesverfassung und die Empfehlungen der Erziehungsdirektoren (EDK) zielen darauf ab.

Von den Kantonen wird erwartet, dass sie ihre Lehrpläne in diesem Sinn anpassen. Auch Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Schwyz und Uri kennen solche Dispensationsregelungen für den Französisch-Unterricht in der Oberstufe.

### **«Ein Affront»**

Der Glarner Entscheid ist Zündstoff in einer ohnehin angeheizten Diskussion. Mehrere Kantone tun sich schwer mit den nationalen Vorgaben, Bevölkerung und Lehrerschaft üben Widerstand. Bundesrat und Parlament halten dagegen. Erst letzte Woche hat die nationalrätliche Bildungskommission ihre parlamentarische Initiative behandelt, welche die Pflicht zum Fremdsprachenunterricht konkretisieren will. Der Vorstoss wurde dann sistiert, nachdem Innenminister Alain Berset den Kommissionsmitgliedern versprochen hatte, er werde eingreifen, falls ein Kanton ausschert. Zwar geht es in diesem Vorstoss um die Primarstufe, doch auch beim Oberstufen-Französisch gelten die Ziele in Gesetz und Verfassung.

Der Entscheid von Glarus sei ein «Affront», sagt Kommissionspräsident [Matthias Aebischer](#) (SP, BE): «Ein Affront gegenüber allen Landesprachen und -regionen.» Der Kanton Glarus bewege sich, statt auf den erklärten Konsens zu, genau in die entgegengesetzte Richtung. Raphaël Comte, FDP-Ständerat aus Neuenburg, sieht darin einen Beweis dafür, dass der Bundesrat handeln müsse. «Abwarten bringt nichts. Wenn der Glarner Entscheid schon vor einer Woche bekannt gewesen wäre, hätte die Bildungskommission die parlamentarische Initiative sicher nicht sistiert.»

## Unschöne Auseinandersetzung droht

Ein Eingreifen des Bundes wäre staatspolitisch gefährlicher als über pragmatische Lösungen einzelner Kantone hinwegzusehen, meint Regierungsrat Mühlemann. «Das gäbe eine unschöne Auseinandersetzung.»

Und doch könnte das Szenario Realität werden. Das zeigt die Reaktion von [Christoph Eymann](#), Basler Erziehungsdirektor und EDK-Präsident: Es sei zu bedauern, dass ein Kanton den Lehrplan 21 auf diese Weise umsetze, sagt er. «Die nationalen Bildungsziele, die in der zweiten Landessprache per Ende der Primarstufe und per Ende der obligatorischen [Schule](#) zu erreichen sind, gelten grundsätzlich für alle.» Individuelle Ausnahmen seien möglich, jedoch die zweite Landessprache generell zum Wahlpflichtfach für einen Teil der Schülerschaft zu erklären, sei «problematisch».

Die «weiterführende politische Beurteilung» dieses Entscheids werde die EDK mit dem Bund anschauen müssen.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/glarus-heizt-den-sprachenstreit-weiter-an/story/21529315>

## Mehr zu den Frühfremdsprachen:

**Regionaljournal Aargau Solothurn, 11. November 2015**

### Aargauer Finanzkommission: Mehr sparen, keine Mehreinnahmen

Die Aargauer Regierung will sparen und gleichzeitig auch mehr Geld einnehmen. Nur so könne man die Finanzen im Griff behalten, argumentiert sie. Die Kommission für Aufgaben und Finanzen (Kapf) sieht es anders: Eine Mehrheit will von Mehreinnahmen nichts wissen. Ihr Rezept: sparen, sparen, sparen.

Wenn es nach der Finanzkommission geht, lernen die Aargauer Schüler künftig erst in der 5. Primarklasse ihre erste Fremdsprache. Die Kommission möchte nämlich den Frühenglischunterricht in der 3. und 4. Primarklasse streichen – zugunsten des Halbklassenunterrichts. Diese Massnahme schlägt sie im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans 2016-2019 vor.

«Die Wirksamkeit des Frühenglischs ist sowieso in Frage gestellt, wenn man hört, wie wenig die Schüler in diesen Primarjahren lernen.»

**Pascal Furer**

Präsident Kommission Aufgabenplanung und Finanzen

Für einen gesunden Haushalt müsse man das Frühenglisch in der 3. und 4. Klasse streichen, führt Kommissionspräsident Pascal Furer gegenüber Radio SRF aus.

Er ist Mitglied der SVP. Und seine Partei, im Verbund mit der FDP, hat noch andere Sparvorschläge. Um das Budget 2016 ausgeglichen zu gestalten, müsse die Regierung weitere 2.3 Millionen Franken einsparen. Und zwar in der Verwaltung und bei Projekten.

<http://www.srf.ch/news/regional/aargau-solothurn/aargauer-finanzkommission-mehr-sparen-keine-mehreinnahmen>

radio rottu oberwallis, 13.11.2015

## **Mörel: Kerngeschäft Schule leiten**



Gesprächsthema an der diesjährigen Generalversammlung des Vereins Oberwalliser Schuldirektoren waren vor allem die strategischen Entscheide der Dienststelle für Unterrichtswesen. Quelle: zvg

### **Auf die zunehmende Einmischung des Staats in den Unterricht reagieren die Oberwalliser Schuldirektoren mit kritischer Distanz.**

Auf ein arbeitsintensives Jahr blickte der Verein der Oberwalliser Schuldirektoren an der ordentlichen Generalversammlung in Mörel von Freitagabend zurück. Wie aus einer Mitteilung hervorgeht, gaben neben den ordentlichen Geschäften besonders die strategischen Entscheide der Dienststelle für Unterrichtswesen zu reden. So ist das Vorgehen der Dienststelle bezüglich der Implementierung des Lehrplans 21 für die Schuldirektoren nach wie vor nicht nachvollziehbar. Auch dass das Bildungsdepartement die aus anerkannten und versierten Fachpersonen zusammengesetzte strategische Kommission zum Lehrplan 21 kurzfristig aufgelöst habe, sei schwer verständlich. Seit Herbst 2015 haben nun in allen Gemeinden im Oberwallis professionelle Schulleitungen ihre Arbeit aufgenommen, welche pädagogische und bürgernahe Aufgaben wahrnehmen. Bis anhin sei die obligatorische Schule im Oberwallis gut positioniert. Im Vergleich zur übrigen Schweiz sind die Ausgaben eigenen Angaben zufolge tief, die Anzahl Lektionen rekordverdächtig und das Lehrpersonal leiste trotz schwierigem Umfeld gute Arbeit. Die zunehmende Einmischung des Departements in pädagogische und didaktische Fragen - und damit ins Kerngeschäft Unterricht - beobachtet der Verein aber mit kritischer Distanz./mm

<http://www.rro.ch/cms/auf-die-zunehmende-einmischung-des-staats-in-den-unterricht-reagieren-die-oberwalliser-schuldirektoren-mit-kritischer-distanz-81764>

Basler Zeitung, 13.11.2015

## Der Höhenflug der Störenfriede

von Franziska Laur



Lehrer und Schüler leiden unter verhaltensauffälligen Kindern  
Bild: Keystone

Sonja rennt durch das Zimmer und fällt hin, Jusuf lässt Papierflugzeuge durch den Raum segeln, Ramon versteckt sich hinter der Türe und mag nicht mehr hervorkommen. Seit in Basel die Kleinklassen abgeschafft wurden und die Integration von behinderten wie auch von verhaltensauffälligen Kindern vorangetrieben wird, geht es in den Schulzimmern immer unruhiger zu. Anstatt Wissen vermitteln zu können, müssen Lehrer den Animator spielen, damit ihnen die Störenfriede nur schon mal zuhören, und diejenigen Kinder, die gerne lernen, sind blockiert.

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz müssen Kinder wo immer möglich in Regelklassen geschult werden. Probleme bereiten jedoch nicht unbedingt die wirklich behinderten, sondern die verhaltensauffälligen Schüler. Kinder, die schon so viel erlebt haben, dass sie sich nicht mehr adäquat verhalten können. Kinder, die, wenn sie morgens zur Schule gehen, noch kein Essen bekommen haben, aber schon Prügel. Kinder, die kaum sprechen, jedoch umso besser schlagen können. Ein grosser Teil von ihnen stammt aus Familien, in denen nicht oder schlecht Deutsch gesprochen wird.

### Regelwidrigkeiten nehmen zu

Verhaltensoriginelle Kinder nennt sie Gaby Hintermann, Präsidentin der Kantonalen Schulkonferenz und Geschäftsleitungsmitglied der Basler Schulsynode. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass die Anzahl der Kinder, die sich nicht an Regeln halten können, zunimmt. Mit einem sehbehinderten oder autistischen Kind könne sie umgehen, weil sie spezifische Unterstützung erhalte, sagt die Sekundarlehrerin, die bei Schülern so beliebt ist, dass einige freiwillig einen Schulweg aus weit entfernten Quartieren auf sich nehmen, um bei ihr im Theobald-Baerwart-Schulhaus zur Schule zu gehen.

Das Problem sei die Fülle der Spezialitäten, die manchmal in einer Klasse zusammenkommen würden, Kinder mit verschiedensten Sonderbedürfnissen, Traumata, zusätzlich Störenfriede und solche, die kaum Deutsch sprechen, sagt die Vollblutlehrerin mit dem pfeifigen Kurzhaarschnitt und der dunkel umrandeten Brille. Doch sie steht hinter dem integrativen Basler Schulsystem: «Ich persönlich finde, dass man nicht stets extern eine Lösung suchen kann. Das Kästchen-Denken ist nicht meines. Diese Kinder gehören alle zu unserer Gesellschaft.» Zurück zum Kleinklassensystem sei momentan keine Lösung.

Andere sehen es als grossen Fehler an, dass in Basel-Stadt die Kleinklassen abgeschafft worden sind. So etwa der frühere SP-Kantonalpräsident Roland Stark, der selber vier Jahrzehnte lang Kleinklassenschüler unterrichtet hat. Die Integration von körperlich oder geistig behinderten Kindern in Regelklassen stelle auch er nicht infrage, sagt er. Für deren Betreuung stünden in der Regel genügend Ressourcen zur Verfügung. Doch bei den verhaltensauffälligen, konzentrations- und lernschwachen Kindern würden sich die Probleme kumulieren. «Diese sind darauf angewiesen, dass sie ein eng betreutes, langfristig stabiles, ruhiges Schulumfeld haben.» Heute seien sie in grossen Klassen integriert, mit teilweise bis zu neun verschiedenen Lehrkräften und zusätzlichen Heilpädagogen, welche sie stundenweise fördern. «Sie leiden, weil sie sich in diesen unruhebelasteten Grossklassen noch weniger konzentrieren können und den Schulstoff nicht mitbekommen. Die Mitschüler werden beim Lernen gestört und die Lehrer sind häufig überfordert.» Stark, der immer noch Kontakt mit Lehrpersonen hat, weiss, dass sehr viele Lehrkräfte, entgegen den Behauptungen des Erziehungsdepartements, mit dem schulischen Integrationsmodell unzufrieden sind.

Beim Thema Integration öffnet sich schnell das Sperrfeuer der Ideologie. Man stösst auf Frontlinien, wie sie nur Angst und Eifer ziehen können. Eltern fürchten um die Lernfortschritte ihrer Kinder, Lehrer wollen Wissen vermitteln und spüren, wie ihnen dieser Auftrag aus der Hand rutscht, und Bildungsbürokraten sind beseelt von ihrer Idee, allen Schülern die gleiche Schule zu ermöglichen. Zwischendrin stehen die Heilpädagogen, die durch ihre Anwesenheit häufig mehr Unruhe als Frieden in eine Klasse bringen.

In Basel erhalten zurzeit 6,8 Prozent der Schüler eine Sonderschulung, integrativ oder separat. Nicht mitgezählt sind dabei all diejenigen Kinder, die eine Fördermassnahme, also Psychomotorik, DAZ (Deutsch als Zweitsprache)-Unterricht, schulische Heilpädagogik oder Logopädie bekommen. «Die Förderangebote werden den betreffenden Schülerinnen und Schülern niederschwellig nach einem Entscheid der Schulleitung zugewiesen», sagt Andreas Loh, Leiter Zusätzliche Unterstützung. Deshalb könne die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, welche die Förderangebote erhalten, nicht exakt festgestellt werden.

Umfragen der BaZ unter Lehrern und Hochrechnungen zeigen jedoch, dass zusätzlich zu den sonderschulischen Massnahmen nochmals rund 40 Prozent der Kinder, also insgesamt gegen 7000 Schüler, über kürzere oder längere Zeit hinweg ein Förderangebot benötigen.

### **Schule soll sich Kind anpassen**

Gaby Hintermann sieht allerdings keinen Veränderungsnotstand beim System, sondern bei der individuellen Betreuung, für die zu wenig Zeit bleibt. «Es gibt meist einen Grund, weshalb Kinder schwierig sind», sagt sie. «Ich kann mich nicht einfach hinstellen und Wissen vermitteln. Das sind Jugendliche, die mehr wollen.» Ihr Gedanke: Nicht das Kind passt sich an die Schule an, sondern die Schule an das Kind. Aber das bräuchte Zeit. «Viel mehr Zeit, als jetzt mit dem ganzen Strukturumbau da ist», sagt sie.

Oft scheine es die einfachere Lösung, einen Schüler aus der Klasse zu nehmen und in eine Spezialklasse zu stecken, doch sie stellt die Nachhaltigkeit eines solchen Vorgehens infrage: «Häufig schlüpft dann einfach ein anderes Kind in die Rolle des Aufrührers.» Doch es gebe Ausnahmesituationen. «Wenn es wirklich nicht mehr geht, müsste man schneller und unbürokratischer Hilfe bekommen.» Ab wann es nicht mehr gehe, das sei eben sehr unterschiedlich. Und sie kritisiert, dass die Klassen für Fremdsprachige aufgelöst worden sind. «Viele Lehrpersonen sagen, dass Fremdsprachige in der Klasse ein Steinchen im Fächer zu viel sind.» Sie hofft, dass sich das Erziehungsdepartement in dieser Hinsicht um eine Umkehr bemüht.

«Fremdsprachenklassen liegen als Verbundlösungen vereinzelt noch drin. Als Standardlösung entsprechen Fremdsprachenklassen nicht der Idee der integrativen Schulung der Kinder in ihrem eigenen Wohnumfeld», sagt Dieter Baur, Leiter Volksschulen. Allerdings diskutiere man zurzeit darüber, welche Lösung man anbieten muss, falls durch die Flüchtlingswelle zusätzlich deutsch-unkundige Kinder in die Klassen gespült werden.

### **Bürokratie schafft Unruhe**

Auch den Vorwurf, die schulische Integration würde die Lehrer zu sehr auslaugen, will das Erziehungsdepartement nicht auf sich sitzen lassen. Es gebe Spezialangebote für Schüler, die einen so hohen Bildungsbedarf haben, dass sie in einer Regelschule nicht angemessen geschult werden können. Dort stünden ausreichend Plätze für diese Zielgruppe zur Verfügung, sagt Andreas Loh: 32 Klassen mit insgesamt 260 Plätzen seien es insgesamt.

«Diese Darstellung ist reine Schönfärberei und hat mit der schulischen Realität wenig zu tun», sagt Roland Stark. Vielmehr werde die Unruhe in einer Klasse und das Hin und Her für die betroffenen Kinder noch erhöht. Er hat auch schon hautnah erlebt, wie schwierig es ist, schnell Hilfe zu bekommen, wenn es wegen schwieriger Schüler in einer Klasse brodelte. Das dauere Monate. «Eine grosse Quelle der Unruhe ist die Bürokratie selber», sagt er: die vielen Lehrer und Heilpädagogen im Klassenzimmer, die Schreiben, Mails, Sitzungskadenz und der enorme Koordinationsaufwand, mit denen Lehrkräfte eingedeckt werden, die Lernberichte, die sie schreiben müssen, und vieles mehr. «Den Lehrern stehen weder der nötige Freiraum noch die Ressourcen für einen zusätzlichen Kraftakt zur Verfügung.»